

MENSCHENRECHTE

Befremdliche Begegnung

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) pflegt seltsame Kontakte: Vergangene Woche führte er vertrauliche Geheimgespräche mit Abgesandten des berüchtigten Tschetschen-Herrschers Ramsan Kadyrow. Das Auswärtige Amt hatte nachdrücklich davon abgeraten. Körting empfing die Tschetschenen-Delegation auf Vermittlung der russischen Botschaft. Sie wurde geleitet von einem der engsten Vertrauten Kadyrows, von dem für Außenbeziehungen und Propaganda zuständigen Schamsail Saralijew. Dieser hatte unter dem Protest unabhängiger Pressevertreter Kadyrow für dessen angebliche „Verdienste beim Wiederaufbau des tschetschenischen Journalismus“ ausgezeichnet. Im Auswärtigen Amt waren die Kadyrow-Gesandten zuvor lediglich von einem protokollarisch niedrig eingestuften Mitarbeiter empfangen und ausführlich mit der Menschenrechtslage in ihrer Heimat konfrontiert worden. Die Begegnung mit Körting wurde nur zufällig bekannt. Erst auf Nachfragen bestätigte er den Besuch. Thema sei die Terrorismusbekämpfung gewesen, hieß es intern.



Körting

ROBERT SCHLESINGER / DPA



Mögliches Angriffsziel Kernkraftwerkskontrollraum

SEBASTIAN WIDMANN / DAPD

CYBER-ABWEHR

Eine Frage der Existenz?

Über die Einrichtung eines „Nationalen Cyber-Abwehrzentrums“ in Bonn. Bei den Liberalen regt sich Widerstand gegen derartige Pläne des Bundesinnenministers Thomas de Maizière. Eine „Vermischung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeiten“ komme nicht in Frage, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Gisela Piltz. Das Cyber-Abwehrzentrum dürfe erst eingerichtet werden, wenn die „Auswirkungen solcher Zentren auf das Trennungsgelb“ von Polizei und Geheimdiensten geklärt seien. Zudem dürften Belange innerer und äußerer Sicherheit nicht vermischt werden. Das Thema soll am 23. Februar im Kabinett behandelt werden, schon im April soll eine zehnköpfige Mannschaft in Bonn die Arbeit aufnehmen. Hintergrund der FDP-Bedenken ist die geplante Zusammensetzung der neuen Internet-Wache am

Rhein: Neben sechs Mitarbeitern aus dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sollen zwei Abgesandte des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und zwei Verfassungsschützer das Startteam bilden. In einer zweiten Stufe möchte die Bundesregierung auch die Industrie, die Bundeswehr, das Bundeskriminalamt und den Bundesnachrichtendienst einbeziehen. Zudem soll sich künftig eine regelmäßige Staatssekretärrunde mit der Internet-sicherheit befassen. Zur Begründung der neuen Einrichtung heißt es in der als geheim eingestuften Kabinettsvorlage: „Die Erfahrungen mit dem Schadprogramm Stuxnet zeigen, dass auch wichtige industrielle Infrastrukturbereiche von gezielten IT-Angriffen nicht mehr ausgenommen sind.“ Die „Vertraulichkeit von Daten“ sei eine „existenzielle Frage des 21. Jahrhunderts“, so heißt es weiter.

EURO-RETTUNGSSCHIRM

Stolperstein Berlin

Der geplante dauerhafte Euro-Rettungsschirm stößt in Deutschland auf unerwartete Probleme. Dies geht aus einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags hervor. Danach müssten die Abgeordneten in Berlin der Einführung des sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmen – wegen weitreichender Eingriffe in die Hoheit des Bundestags. Damit wäre die schwarz-gelbe Regierung auf die Unterstützung der Opposition angewiesen. Verfassungsrechtlich machen die Bundestags-Juristen eine ganze

Reihe von Bedenken geltend, wie der FDP-Finanzexperte Frank Schäffler in einem Brief an seine Fraktion schreibt. So berühre ein dauerhafter Euro-Rettungsschirm das Budgetrecht des Parlaments und damit einen „Kernbereich demokratischen Lebens“. Durch den Rettungsschirm „könnte die Entscheidungsfreiheit zukünftiger Gesetzgeber beschränkt werden“. Mitte Dezember hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU



EZB in Frankfurt am Main

HANNELORE FORSTER / ECOMIX FOTOGENTUR

darauf verständigt, die europäischen Verträge zu ergänzen, um einen dauerhaften Euro-Rettungsschirm spannen zu können. Berlin machte sich dabei für eine einfache Vertragsänderung stark, um jenen Ländern die Zustimmung zu erleichtern, in denen andernfalls Volksabstimmungen anstünden. Nun könnte ausgerechnet Deutschland zum Stolperstein werden: Eine Zweidrittelmehrheit im Parlament ist keinesfalls gesichert.